

**Anwesend waren  
vom Beirat**

Kirsten Wiese  
Sahhanim Görgü-Philipp  
Rainer Stadtwald  
Angelika Schlansky  
Steffen Eilers  
Silke Ladewig  
Eva Garthe  
Alexia Sieling  
Andreas Mackeben  
Daniel de Olano  
Peter Kadach  
Michael Jonitz  
Birgit Menz  
Herbert Lessing  
Beate Prömm  
Entschuldigt fehlten Angelina Sörgel und Peter Rüdel

**vom Ortsamt**

Robert Bücking - Vorsitz  
Andrea Freudenberg - Protokoll

**Gäste:**

Herr Senator Mäurer	Senator für Inneres und Sport
Herr Knorr	Feuerwehr Bremen
Herr Müller	Polizei Bremen
Herr Viering	Bauressort
Herr Müller, Herr Filbry	Werder Bremen

**Beginn:** 19.00 Uhr

**Ende:** 22.15 Uhr

**Tagesordnung:**

1. Fragen, Wünsche und Anregungen aus der Bevölkerung
2. Rettungssicherheit Weserstadion / Optimierung der Rettungswege für das Weserstadion  
Eingeladen sind der Innensenator, Herr Senator Mäurer, VertreterInnen von Werder Bremen und des Bauressorts
3. Stundenkürzungen am Gymnasium Hamburger Straße zum Schuljahr 2011/12  
Entscheidung über einen gemeinsamen Antrag der CDU Fraktion, Die Linken und Piraten
4. Aktuelles
5. Entscheidung über Anträge auf Beiratsmittel
6. Mitteilungen des Beiratssprechers und des Ortsamtes
7. Verschiedenes

**TOP 1***Rasenbeleuchtung Weser-Stadion*

Auf Nachfrage eines Anwesenden teilt Herr Filbry mit, dass z.Zt. die Beleuchtung des Rasens im Stadion aktiviert sei. Im Dezember werde über weitere Maßnahmen entschieden.

*Nutzungsbedingungen Pauliner Marsch*

Die Anwohnerinitiative Osterdeich spricht die Verbesserung der Nutzungsbedingungen in der Pauliner Marsch an (u.a. Querungshilfen Osterdeich, Absperrmaßnahmen für Nicht-Anlieger-PKWs im Parzellegebiet, Beleuchtung, Nachpflanzungen/Begrünung) und bittet um Auskunft, wann der Beirat dazu beraten werde.

Seitens des Beirates wird signalisiert, dass eine Beratung dieser Punkte überfällig sei. Der Projektausschuss Pauliner Marsch werde die Punkte einschließlich Lärmbelästigungen durch div. Veranstaltungen auf Platz 11 beraten und die Anwohner hinzu ziehen

Die Forderung auf *Freilauflächen für Hunde*, eingebracht von Frau Schmidt, Fraktion Die Linke, wird in den Ausschuss Stadtteilentwicklung verwiesen.

**TOP 2**

Herr Senator Mäurer und Vertreter der Polizei und Feuerwehr informieren über die Möglichkeiten die Sicherheit im Weserstadion zu optimieren.

Hintergrund sei der Unglücksfall im September 2010 nach dem Spiel Werder Bremen gegen den HSV. Damals seien Fans im Gästeblock nach einer Blocksperr zusammen mit Polizisten eine Treppe hinabgestürzt und hätten sich erheblich verletzt. Nach einer Prüfung der Unfallursache und der Einschaltung eines Gutachters sei man zu dem Ergebnis gekommen, zukünftig keine Blocksperr im Stadion mehr einzurichten. Stattdessen soll eine Trennung der Fan-Gruppen erfolgen und dafür benötige man zusätzliche Flächen an der Westseite des Stadions, dort wo der Tennisverein Rot-Gelb seinen Platz habe.

Bei einer Katastrophenschutzübung im Sommer 2011 habe sich gezeigt, dass die Erstversorgung von Verletzten direkt im Stadion erfolgen müsse. Außerdem habe sich herausgestellt, dass die Verkehrsführung für die Rettungsfahrzeuge neu geordnet werden müsse. Die Anfahrt über die Rampen Ost und West werden im Notfall durch zu viele Menschen behindert. Man benötige aber eine weitere Zufahrt und überlege daher, den Fußgängerweg in Höhe Café Ambiente für Rettungswagen auszubauen. Dieser Weg solle aber nur durch Rettungswagen befahren werden und dann auch nur bei Fußballspielen.

Diesen Vorschlag wollen die VertreterInnen der Initiative Pauliner Marsch nicht akzeptieren. Sie befürchten, der Weg könnte zu einer festen Straße ausgebaut und auch so genutzt werden, wodurch der Naherholungscharakter des Gebietes verloren ginge.

Zur Gestaltung der Flächen rund um das Weserstadion beziehen sie sich auf den Kontrakt zwischen Politik, SV Werder Bremen und Anwohnerschaft. Seinerzeit sei vereinbart worden, dass weitere Asphaltierungen und Versiegelungen von Flächen ausgeschlossen seien. Fragen an die Sicherheit habe es auch schon vor dem Vorfall beim Spiel gegen den HSV gegeben. Jetzt sollten Tatsachen geschaffen werden, die wenig glaubhaft seien.

Der Vorschlag aus der Zuhörerschaft, die Parkplätze östlich des Stadions für die Trennung der Fangruppen zu nutzen und den Gästeblock von der Westkurve in die Ostkurve zu verlegen, wird vom Innenressort und Werder Bremen abgelehnt. Traditionell seien die Werder-Fans in der Ostkurve und die Fans der gegnerischen Mannschaft im Westkurvenbereich des Stadions. Ein Tausch der Fangruppen wird als wenig sinnvoll erachtet.

Die Beiratsmitglieder erwarten, dass Lösungen zur Optimierung der Rettungssicherheit erarbeitet werden. Die Fachebene der zuständigen Senatsressorts müsse sich eng vernetzen mit dem Leitbildgremium und den Beiratsgremien. Ein Beschlussantrag liegt im Beirat vor.

Herr Mäurer verweist auf die gebildete Verwaltungsarbeitsgruppe, die folgende Schwerpunkte behandle:

- Problem der Trennung der gegnerischen Fangruppen
- Optimierung der Rettungswege für das Weserstadion

Herr Bücking fasst den Diskussionsstand im Beirat zusammen und erwidert, dass sich der Beirat den Aspekt der Fanggruppen-Trennung nicht zu eigen mache. Dem Beirat sei an einer Optimierung der Rettungssicherheit gelegen. Das Thema Fan-Trennung wolle der Beirat damit nicht vermischen.

Der vorliegende Antrag wird einstimmig bei einer Enthaltung beschlossen:

### **Optimierung der Rettungswege für das Weser- Stadion**

**1. Der Beirat Östliche Vorstadt nimmt zur Kenntnis, dass alle zuständigen Stellen (der Innen- und Sportsenator, der Bausenator, die BWS und Werder Bremen) das Weser-Stadion für sicher halten.**

**2. Dennoch scheint es einen Bedarf an einer Optimierung dieser Sicherheit zu geben. Dieser Bedarf ist erkennbar geworden, als es bei einem Spiel gegen den HSV zu einem Treppensturz kam und nachdem in einer großen Übung die Behandlung und der Transport einer großen Zahl von Verletzten geübt worden ist.**

**3. Mit einer Reihe von Sofortmaßnahmen werden die Behörden sicherstellen, dass auf diese Erkenntnisse unverzüglich reagiert wird. (Kommunikation im Stadion, Einrichtung von Behandlungsplätzen im Stadion, Bereitstellung von Feuerwehr und Rettungsfahrzeugen am Stadion usw).**

**4. Der Beirat wird sich das Szenario der Übung genau schildern lassen und hofft auf eine Antwort auf die Frage, von welchen Szenarien in früheren Übungen ausgegangen wurde.**

**5. Soweit es aber um Eingriffe in das Wegenetz und den Landschaftsraum der Pauliner Marsch geht, berühren alle Planungen den Konsens der vielfältigen Interessen an diesem intensiv genutzten Naherholungs- und Sportrefugium.**

**6. Der Beirat Östliche Vorstadt wird sich deshalb dafür einsetzen, dass die neuen Anforderungen an die Sicherheit der Stadion-Besucher/innen im "Geiste" dieses Leitbildes erarbeitet und umgesetzt werden. Der Beirat wird deshalb das Leitbildgremium wieder einberufen und er freut sich, dass die Bürgerinnen und Bürger vom Osterdeich erklärt haben, dass sie in diesem Gremium wieder mitarbeiten werden.**

**7. Der Beirat erwartet, dass alle Untersuchungen und Planungsvarianten im Leitbildgremium vorgestellt und beraten werden. Der Beirat wird sich dafür einsetzen, dass die "Optimierung der Rettungswege für die Stadionbesucher/innen", die Pauliner Marsch als einem Ort stärken, an dem Naherholung und Sport in den Vereinen und Bundesligastadion gemeinsam möglich und sicher sind.**

Der Beirat wird das Leitbildgremium am Dienstag den 25.10.2011 um 19.00 Uhr ins Ortsamt einladen.

**TOP 3**

Antrag Stundenkürzungen in Schulen - Antrag von CDU, Die Linke und Piratenpartei. Frau Prömm, Frau Menz und Herr Kadach begründen ihren gemeinsamen Antrag:

Der Beirat Östliche Vorstadt möge beschließen:

**Der Beirat Östliche Vorstadt fordert die Senatorin für Bildung auf, den Beschluss über die Stunden- und Lehrerstellenreduzierungen an den Grundschulen und weiterführenden Schulen im Bereich des Beirats Östliche Vorstadt für das Schuljahr 2011/12 umgehend und vollständig zurückzunehmen.**

**Begründung**

Die kurz vor den Sommerferien bekanntgegebenen Stundenkürzungen und Streichungen von Lehrerstellen übergehen die Belange der Schulen vor Ort und stellt diese vor zum Teil erhebliche Probleme, ihr bisheriges Angebot aufrecht zu erhalten. Dabei geht es für die Schulen nicht um den Abbau einer rechnerisch unterstellten „Übersversorgung“, sondern um die Sicherstellung der Unterrichtsversorgung ihres individuellen Schulprofils, das von der Bildungsbehörde eingefordert und von den Schulen mit großem Engagement erarbeitet wurde. Wir fordern die Bildungssenatorin zu einer transparenten Zuweisungspraxis der Lehrerstunden auf, bei der die Öffentlichkeit, der Beirat sowie besonders die betroffenen Schulen, Eltern und Schüler frühzeitig einbezogen werden.

An den Grundschulen fallen alle sogenannten Ergänzungsstunden weg (Stunden für besondere Maßnahmen, wie z. B. für den Übergang von der KiTa zur Schule). An den weiterführenden Schulen sind Stunden für die Oberstufe gestrichen worden. Hiervon betroffen sind die Schule an der Schmidtstraße und das Gymnasium an der Hamburger Straße. Insgesamt sollen so bremenweit 57 Stellen eingespart werden. Das ist die Umsetzung des angekündigten Personalabbaus an den Schulen im Umfang von 1,2 Prozent jährlich.

Die Koalition bricht nun ihren eigenen Schulkonsens von 2008, in dem es heisst: „Es sollen mindestens die durch zurückgehende Schülerzahlen frei werdenden Mittel wie in anderen Bundesländern auch dem Bildungssystem zugute kommen“. Zur Erinnerung: Das Finanzressort rechnet aufgrund der Steuerschätzung mit erheblichen Mehreinnahmen in 2011 und 2012. Selbst zur Einhaltung der Schuldenbremse ist es also in keiner Weise notwendig, jetzt den Unterricht zu kürzen.

Herr de Olano berichtet von der Sitzung des Bildungsausschusses. In dieser Sitzung habe sich der Ausschuss mit der Thematik befasst und den Kontakt zur betroffenen Schule Hamburger Straße gesucht. In dieser Sitzung wurden die Anträge der Fraktion Die Linke und der Piratenpartei eingebracht und wurden dort mehrheitlich abgelehnt. Da das Votum nicht einstimmig erfolgte, müsse der Beirat heute darüber abschließend entscheiden.

Auf den vorliegenden Antrag der Linken, der Piraten und der CDU Bezug nehmend, stellt Herr de Olano für die SPD-Fraktion fest, dass einige Behauptungen nicht den Tatsachen entsprächen. Als Beispiel nennt er die 57 Stellen die eingespart würden, tatsächlich seien es aber nur rund 24 Stellen. Zu den in der Antragsbegründung genannten Kürzungen an der Schule an der Schmidtstraße sei es nicht gekommen. Die Diskussion zu den Stundenkürzungen in der Schule Hamburger Straße sei ausführlich im Ausschuss geführt worden. Von den ursprünglich beabsichtigten 98 Stunden würden tatsächlich nur 45 Unterrichtsstunden durch Kurszusammenlegungen eingespart.

Seitens der SPD-Fraktion und den Grünen sei ein eigener Antrag erarbeitet, der ebenfalls heute zur Abstimmung vorliege:

### **Nachhaltige Bildungspolitik durch Transparenz und Dialog sicherstellen**

**Der Beirat Östliche Vorstadt begreift Transparenz und Dialog als wesentliche Grundlagen für eine verantwortungsvolle und nachhaltige Bildungspolitik. Der Beirat fordert die Senatorin für Bildung, Wissenschaft und Gesundheit auf, im Umgang mit den Schulen, Schülerinnen und Schülern sowie den Eltern Transparenz, Klarheit und Weitsicht sicherzustellen. Gerade vor dem Hintergrund der begrenzten finanziellen Mittel Bremens ist ein stetiger Dialog über Chancen und Potentiale eine Grundvoraussetzung für die vertrauensvolle Zusammenarbeit aller an Schule und Bildungspolitik Beteiligten.**

**Der Beirat erwartet, dass im Rahmen einer nachhaltigen und gerechten Haushaltspolitik unter Berücksichtigung des eingeschlagenen Konsolidierungspfades die Mittel im Bildungsetat so verteilt werden, dass sowohl für die jetzige als auch für kommende Generationen eine qualitativ gut ausgestattete Bildung gesichert wird. Um eine frühe Förderung aller Kinder zu gewährleisten müssen dabei in erster Linie die Grundschulen bedacht und gestärkt werden. Ebenso muss im Sinne einer gerechten Bildungspolitik die angemessene Förderung der Inklusion berücksichtigt werden.**

**Die Gewinnung zusätzlicher finanzieller Mittel für den Bildungsbereich durch eine Verbesserung auf der Einnahmenseite, beispielsweise durch eine gerechtere Steuerpolitik, kann vom Beirat lediglich angemahnt werden. Der Beirat betont die Notwendigkeit, sich auf Landes- und Bundesebene für eine bessere finanzielle Ausstattung von Ländern und Kommunen einzusetzen.**

**Um zu analysieren, welche Bedarfe, Wünsche und Anregungen in der Östlichen Vorstadt vorliegen, wird über den Fachausschuss Bildung und Jugend ein "Runder Tisch bildungspolitische Perspektiven der Östlichen Vorstadt" eingerichtet, zu dem alle, die mit den schulischen Angelegenheiten im Beiratsgebiet befasst sind, eingeladen werden. Ausdrücklich erwünscht ist die konstruktive Beteiligung von Schulen, Schülerinnen und Schülern, der Eltern sowie der an Bildung und Schule beteiligten Vereine, Institutionen und Jugendeinrichtungen im Stadtteil.**

**Zielsetzung des Runden Tisches ist es, die Qualität von Unterricht und Schule zu verbessern und die Zufriedenheit bei Schülerinnen und Schülern, Eltern und Lehrerschaft auszubauen. Im Rahmen des Runden Tisches sollen auch die Forderungen nach Einführung des Ganztags Schulbetriebes an der Schule Schaumburger Straße sowie die Einrichtung einer gemeinsamen Oberstufe für die Oberschulen an der Schaumburger Straße und Gesamtschule Mitte diskutiert werden.**

**Der Beirat wird die Ergebnisse des Runden Tisches zur Grundlage für eine Planungskonferenz "Kinderbetreuung und Schule in der Östlichen Vorstadt" im ersten Halbjahr 2012 machen.**

Frau Ladewig bezieht sich auf die Stundenreduzierungen in der Schule Hamburger Straße. Die Aussagen des Schulleiters seien plausibel gewesen. Bis auf den Philosophiekurs mit einer hohen Anzahl von TeilnehmerInnen, seien die Kurszusammenlegungen und die Argumente der Schule nachvollziehbar gewesen. Frau Ladewig begründet ebenfalls die Schaffung eines runden Tisches zur Bildungspolitik und hofft auf eine konstruktive Arbeit.

Frau Menz bezweifelt, dass mit der Einrichtung eines runden Tisches die Schulprobleme gelöst seien. Die Situation der Inklusion müsse näher betrachtet werden. Frau Schmidt stellt fest, dass das Konzept Inklusion auf Kosten der Regelstunden umgesetzt werde.

Frau Prömm fehlen im Antrag der SPD-Fraktion und der Grünen konkrete Forderungen. Die Bildungsbehörde müsse beim Runden Tisch mit einbezogen werden.

Zur Abstimmung der zwei vorliegenden Anträge:

Gemeinsamer Antrag von CDU, Die Linke und Piratenpartei:

Der Antrag wird mit 9 nein-Stimmen bei 5 ja-Stimmen und 1 Enthaltung abgelehnt.

Gemeinsamer Antrag von Grünen und SPD:

Der Antrag wird mit 10 ja-Stimmen bei 5 nein-Stimmen angenommen.

**TOP 4** keine Wortmeldung

**TOP 5**

Die Vorschläge der Ausschüsse zur Vergabe der Beiratsmittel werden vom Beirat einstimmig übernommen. Die Gesamtliste ist dem Protokoll beigefügt.

**TOP 6 und 7** entfallen

Vorsitz:

stellvertr. Sprecher:

Protokoll:

Bücking

de Olano

Freudenberg